

## Lufthansa Neuer Anstrich verärgert Aufseher

Bei der Lufthansa wächst intern der Unmut über die geplante neue Bemalung der Firmenjets. Vor zwei Wochen hatte der SPIEGEL über die avisierte Auffrischung des Lufthansa-Erscheinungsbilds berichtet (Heft 4/2018). Statt des bekannten stilisierten Kranichs in gelbem Kreis auf blauem Grund soll künftig ein weißer Vogel auf einer deutlich vergrößerten, schräg angeschnittenen Fläche die Heckflosse der Jets zieren. Der neue Anstrich, heißt es im Unternehmen, bringe „das Premiumverständnis von Lufthansa perfekt zum Ausdruck“. Das sehen Angestellte und Aufsichtsräte anders. Das runderneuerte Emblem, kritisieren sie,

erinnere stark an den Auftritt der neuen Air-France-Billigtochter Joon. Deren Flieger sind ebenfalls mit einem weißen Signet auf blauem Grund am Leitwerk unterwegs. Die Farbe Gelb, bislang eines der wichtigsten Erkennungszeichen der Airline, soll an den Flugzeugen nahezu komplett verschwinden. Auch daran stört sich ein Kontrolleur. „Das Lufthansa-Emblem hat ikonografischen Charakter wie die Cola-Flasche oder der Daimler-Stern“, argumentiert er, „so etwas gibt man doch nicht ohne Not auf.“ Ein Konzernsprecher verteidigt die Entscheidung des Vorstands. Die Farbe Gelb werde es auch weiterhin geben, versichert er, unter anderem als Leitmotiv am Flughafen, an den Check-in-Schaltern und in der App. did, mum



Digitale Illustration eines Lufthansa-Jets in neuem Design



Atomkraftwerk Tihange

## Atomkraft Belgien meldet nur jede zehnte Panne

Rund 90 Prozent aller Zwischenfälle in belgischen Atomkraftwerken werden der Öffentlichkeit offenbar nicht bekannt. Das gilt auch für die Atomreaktoren Doel und den Pannenreaktor Tihange nahe der deutschen Grenze. Die belgische Atomaufsicht teilte dies in einer Antwort auf einen Brief der Atomexpertin Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) mit. Grund für die Lücke ist ein abweichendes Meldesystem. So werden in Deutschland alle Zwischenfälle in Kernkraftwerken von den Behörden veröffentlicht und auf einer Gefahrenskala von null (keine oder geringe sicherheitstechnische Bedeutung) bis sieben (katastrophaler Un-

fall) dokumentiert. Belgien verzichtet darauf, Ereignisse der Stufe „0“ aufzulisten. In Deutschland fallen darunter mehr als 90 Prozent aller Fälle. „Die Veröffentlichung solcher Ereignisse“, erklärt Gerit Niehaus von der baden-württembergischen Atomaufsicht, „ist wichtig, damit sich die Öffentlichkeit ein richtiges Bild vom Zustand nuklearer Anlagen machen kann.“ Das gilt besonders für die belgischen Pannenreaktoren, die wegen schadhafter Bauteile und vertuschter Störfälle seit Monaten in der Kritik stehen. Für Kotting-Uhl betreiben die Belgier ein „unverantwortliches Spiel mit dem Risiko“. Deutschland müsse Konsequenzen ziehen und die umstrittene Lieferung nuklearer Brennstoffe einstellen. fdo

### Kommentar

## Maximal unehrlich

*Beim Thema Altenpflege drücken sich Union und SPD vor der Wahrheit.*

Zehntausende Menschen leiden in Deutschlands Heimen unter mangelhafter Fürsorge, unter schlecht versorgten Kunden, fehlender Hilfe beim Essen. Die Qualität der Pflege hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert, wie ein offizieller Prüfbericht nun feststellt. Umso fassungsloser macht der Kompromiss für die Pflege, den Union und SPD in dieser Woche ausgehandelt haben. Nicht etwa weil er so minimal ausgefallen ist: 8000 zusätzliche Stellen soll es geben, macht umgerechnet kaum mehr als eine halbe Fachkraft pro Heim, dazu ein paar wolkige Versprechen für höhere Löhne. Nein, die Pläne machen fassungslos, weil sie maximal unehrlich sind. Die Koalitionäre drücken sich um die einfache Wahrheit herum, dass gute Pflege nun einmal kostet.

Das beginnt schon bei den 8000 Stellen, die ausdrücklich der „medizinischen Behandlungspflege“ in Heimen vorbehalten sein sollen. Was kompliziert klingt, ist in Wahrheit ein

Trick: Für die Kosten von 400 Millionen Euro müssen damit vor allem die Krankenkassen aufkommen.

Wer dauerhaft für bessere Löhne und weitere Stellen geradestehen soll, darüber schweigen Union und SPD noch. Doch Pflege ist ein Teilkaskosystem. Steigen die Arbeitskosten, müssen die Pflegebedürftigen über Zuzahlungen die Zeche übernehmen – bei wachsender Altersarmut wäre das untragbar. Daher braucht es die ehrliche Debatte darüber, was die Gesellschaft für ihre Mütter und Väter zu zahlen bereit ist. Ob sie die Pflege für eine gemeinschaftliche Aufgabe hält und Steuermittel bereitstellt. Oder ob sie es akzeptiert, notfalls höhere Beiträge auf ihre Löhne zu zahlen.

In anderen Sozialkassen hat die Koalition keine Angst vor teuren Projekten. Mehr als drei Milliarden Euro wird der neue Mütterrentenzuschlag kosten, ein Lieblingsprojekt der CSU. Jeder Euro wäre in der Altenpflege besser angelegt. cos